

Coronapandemie Zwei weitere Personen positiv

VADUZ Innerhalb des letzten Tages wurden zwei weitere Personen positiv auf das Coronavirus getestet, teilte die Regierung am Freitag mit. Die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie beläuft sich mittlerweile auf 3019 laborbestätigte Infektionen. Insgesamt traten bislang 58 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. Angaben zur Zahl der Personen, die die Infektion bereits wieder überstanden haben sowie zu den aktuell hospitalisierten Personen und den Personen in Quarantäne machte die Regierung am Freitag nicht. Innerhalb der letzten sieben Tage wurden durchschnittlich 1,9 neue Fälle pro Tag gemeldet. Die hochgerechnete 14-Tages-Inzidenz, die zwecks internationaler Vergleiche berechnet wird, beläuft sich auf 56 Fälle. Das heisst, in den letzten 14 Tagen sind 56 Personen hochgerechnet auf 100 000 Einwohner erkrankt. Die 7-Tage-Inzidenz liegt bei 33 Erkrankten pro 100 000 Einwohnern. (red/ikr)

Coronapandemie Mit Antigentest kann man im Schengen- raum nicht reisen

BERN Wer nur einen Antigentest hat, kann damit nicht im EU- und Schengenraum reisen. Es braucht einen PCR-Test, um auf das Covid-Zertifikat zu kommen. Wer gerade erst erkrankt sei, dem rät BIT-Direktor Dirk Lindemann, am besten sofort einen PCR-Test zu machen, «um für das Zertifikat qualifiziert zu sein». Eine Ausdehnung der Gültigkeit für Geimpfte nach 180 Tagen ist laut Mike Schüpbach vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) in Diskussion. Für Genesene sei eine Verlängerung nicht möglich. Das sei in der entsprechenden EU-Verordnung definiert. Wenn das Zertifikat bei Genesenen ablaufe, dann müsse man sich entweder impfen oder testen lassen. Auf eine Frage, ob PCR-Tests allenfalls künftig auch kostenlos angeboten werden, gab es keine klare Antwort. Die Problematik der Zweiklassengesellschaft werde in den Kommissionen des Parlaments erörtert, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Es gebe Anträge für Einschränkungen bei der Benutzung des Zertifikats. Der Bundesrat werde die Diskussionen im Parlament abwarten und dann Regelungen treffen. (sda)

Coronapandemie Selbsttestabgabe bricht drastisch ein

BERN Die Nachfrage nach Coronavirus-Selbsttests ist in den Schweizer Apotheken im Mai verglichen mit dem April um 80 Prozent eingebrochen. Gemäss Apothekenverband ist einer der Gründe die Impfung. Nach der Einführung im April hatte der Hersteller Roche noch Liefereschwierigkeiten. Damals holten sich viele Leute ihre Monatsration von fünf Tests ab und die Nachfrage war übergross, wie der Apothekerverband Pharmasuisse einen Bericht des Online-Portals Nau vom Freitag bestätigte. Im April gingen gemäss Hochrechnungen des Verbands rund 13 Millionen Tests über den Ladentisch. Im Mai waren es in den ersten drei Monatswochen noch 2,7 Millionen. Insgesamt verteilten die Apotheken bis am 26. Mai 16 Millionen Tests. Nach dem Run pendelte sich das Niveau gemäss dem Verband ein. Die Bevölkerung nehme das Angebot aber weiter gerne in Anspruch, hiess es bei den Apothekern. Viele Personen würden die Selbsttests indessen wohl nicht wie empfohlen regelmässig ein- bis zweimal pro Woche durchführen. Auch verzichteten Geimpfte oft auf die Tests. Pharmasuisse macht darauf aufmerksam, dass die Selbsttests im privaten Rahmen eine wichtige Massnahme bilden, wie jede und jeder zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie beitragen kann. (sda)



Das Ziel von Ministerin Sabine Monauni ist, der Regierung den Verordnungsentwurf noch vor der Sommerpause zur Beschlussfassung vorzulegen. (Foto: M. Zanghellini)

«Wir können rasch und wirkungsvoll gegen den Casino boom vorgehen»

Interview Wirtschaftsministerin Sabine Monauni ist nach wie vor der Meinung, dass mit gezielten Anpassungen auf Verordnungsebene relativ rasch und wirkungsvoll gegen den unkontrollierten Casino boom vorgegangen werden kann.

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Frau Monauni, schon im April haben Sie in einem Interview auf Radio L Handlungsbedarf geortet und angekündigt, dass Sie mehrere Stellschrauben auf Verordnungsebene prüfen wollen, um einer unverhältnismässigen Zunahme von Casinos im Land Einhalt zu gebieten. Wie ist hier der Stand und das weitere Vorgehen?

Sabine Monauni: Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir mit gezielten Anpassungen auf Verordnungsebene relativ rasch und wirkungsvoll gegen den unkontrollierten Casino boom vorgehen können. Ein entsprechender Verordnungsentwurf liegt meinem Ministerium bereits vor und wird aktuell von der Legislative geprüft. Mein Ziel ist es, die Anpassungen noch vor der Sommerpause der Regierung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Wo machen Anpassungen konkret Sinn und was verspricht den grössten Erfolg, ohne dass die Glaubwürdigkeit des Wirtschaftsstandorts zu sehr Schaden nimmt?

Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit sind wichtige Voraussetzungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Der gute Ruf des Landes ist aber genauso wichtig für den Wirtschaftsstandort. Wir stellen derzeit einen starken Zuwachs von neuen Casinoprojekten fest. Daher erachte ich es für richtig, dass wir die Rahmenbedingungen für den Casinomarkt kritisch überprüfen. Wie gesagt bin ich der Meinung, dass wir auf Verordnungsebene rasch und wirkungsvoll Massnahmen ergreifen können. Dazu zählen die Anhebung der Steuerprogression sowie zusätzliche technisch-organisatorische Erfordernisse, um eine hohe Qualität des Spielbetriebs sicherzustellen.

Einige Tage nach dem Interview traten die Fraktionen der VU und der Freien Liste auf den Plan und brachten ihrerseits Vorschläge - eine Mo-

tion und eine Initiative - zur Begrenzung von Casinos in Liechtenstein ein. Wie haben Sie diese Vorstösse wahrgenommen?

Die parlamentarischen Vorstösse sind nicht neu und wurden in der letzten Legislatur bereits umfassend behandelt bzw. haben bisher keine Mehrheit im Landtag gefunden. Das kann sich mit der neuen Konstellation des Landtags ändern. Zudem nimmt das Unbehagen in der Bevölkerung mit jedem weiteren Casinoantrag zu und der Ruf nach einer Casinobegrenzung wird lauter. Ich nehme das durchaus ernst und habe

daher gleich zu Beginn meiner Amtszeit beschlossen, dieses Thema anzugehen. Insofern bekomme ich hier durch die parlamentarischen Vorstösse einen guten Rückenwind. Wichtig ist aber, dass wir uns nicht zu «Hauruck-Aktionen» verleiten lassen, sondern wohlüberlegt agieren. Es geht hier letztlich auch um Investitionsschutz und Planungssicherheit für die betroffenen Unternehmen. Und dafür stehe ich auch als Wirtschaftsministerin.

Beide Fraktionen halten Anpassungen am Steuersatz der Geldspielabgabe für sinnvoll. Sie auch?

Die Erhöhung der Geldspielabgabe wie sie die VU und die Freie Liste fordern, ist sicherlich geeignet, um die Attraktivität für Casinos in Liechtenstein zu schmälern. Das erfordert allerdings eine Gesetzesänderung, was längere Zeit beanspruchen wird. Die Freie Liste schlägt diesbezüglich eine Übergangsfrist bis 1. Januar 2023 vor. Ich bin der Meinung, dass wir schneller handeln müssen und schlage daher eine Erhöhung des Progressionssatzes auf Verordnungsebene vor. Sollte diese zusammen mit den weiteren Massnahmen nicht ausreichend greifen, dann wäre für mich in einem zweiten Schritt die Anpassung

der Geldspielabgabe auf Gesetzes-ebene zu prüfen.

Es gibt in der Bevölkerung nicht nur Casinokritiker, sondern auch solche, die finden, dass man den Spielbankenmarkt einfach spielen lassen und sich über die zusätzlichen Millionen für die Staatskasse freuen soll ...

Es ist richtig, dass Landtag und Regierung 2016 entschieden haben, dass nicht der Staat, sondern der Markt den Casinomarkt regulieren soll. Allerdings hat niemand - auch nicht die Experten - erwartet, dass es in Folge zu einem solchen Casino boom in Liechtenstein kommen wird. Das war meines Erachtens vom Gesetzgeber auch nicht so gewollt. Die zusätzlichen Millionen sind für die Staatskasse zwar erfreulich, aufgrund der soliden Staatsfinanzen sind wir auf diese aber nicht angewiesen. Wie gesagt geht es hier auch um übergeordnete Interessen wie den guten Ruf unseres Landes.

Sie haben sich jüngst mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter getroffen. Können schon Fortschritte beim Austausch der nationalen Sperrlisten mit der Schweiz vermeldet werden oder wo hängt es?

Auf liechtensteinischer Seite sind wir bereit, die erforderlichen Vereinbarungen für den Austausch zu treffen. Entsprechend habe ich diesen Wunsch in Bern deponiert. Mir wurde hierbei versichert, dass auch die Schweiz dieses Anliegen unterstützt. Da es um den Austausch sensibler Daten geht, ist voraussichtlich ein Staatsvertrag zwischen Liechtenstein und der Schweiz notwendig. Die Schweiz braucht hierzu ein Verhandlungsmandat des Bundesrates. Ich hoffe, dass wir in den nächsten Wochen bei diesem Vorhaben weiterkommen.

Fünf Casinos gibt es bereits. Können Sie uns eine Zahl nennen, wie viele noch in der Pipeline sind?

Es gibt aktuell fünf bewilligte Spielbanken, ein offizielles Gesuch im Prüfverfahren sowie vier angekündigte bzw. uns bekannte Projekte in Eschen, Schaan und Vaduz.

Bekommt jeder, der einen Antrag beim Amt für Volkswirtschaft stellt, eine Bewilligung? Welche Hürden gibt es?

Nein, nicht jedes Gesuch erhält automatisch eine Bewilligung und es ist daher auch nicht sicher, dass sich die fünf Projekte in der Pipeline tat-

sächlich realisieren werden. Das Geldspielgesetz sowie die Spielbankenverordnung mit über 150 Artikeln legen strikte Voraussetzungen für die Aufnahme und den Betrieb von Spielbanken fest. Dabei geht es um technisch-organisatorische Vorgaben wie bspw. das Spielangebot, fachliche Voraussetzungen für die Unternehmensführung und das Personal sowie besondere Sorgfaltspflichten, um Geldwäsche zu verhindern. Auch hat das Amt für Volkswirtschaft die Kontrollen in den letzten Monaten kontinuierlich verstärkt, um die Einhaltung der Voraussetzungen sicherzustellen.

Könnte man diese Hürden für neue Marktteilnehmer nicht etwa erhöhen oder ganz auf neue Bewilligungen verzichten - also ein Moratorium einführen?

Ein Moratorium im Sinne eines Bewilligungsstopps ist ein schwerer Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit. Ein solcher Eingriff kann nur durch ein überwiegendes öffentliches Interesse gerechtfertigt werden und es darf kein milderes Mittel geben, um das Ziel zu erreichen. Wie ausgeführt gibt es noch andere Möglichkeiten, um dem unkontrollierten Casinowachstum Einhalt zu gebieten. Diese sind daher vorrangig zu prüfen und umzusetzen.

«Das Amt für Volkswirtschaft hat die Kontrollen in den vergangenen Monaten kontinuierlich verstärkt.»

«Beim Austausch von Sperrlisten mit der Schweiz ist voraussichtlich ein Staatsvertrag notwendig.»